

Fraktion **direkt**

51 | 15. Januar 2016

Zur Lage

Nun ist eine klare Haltung gefragt

Ein schwieriger Jahresbeginn

Es war sicher kein guter Jahresbeginn. Die Gewalt gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln, aber auch in vielen anderen Städten hat unser Land zutiefst verunsichert und viele zu Recht in Zorn versetzt. Und schon wenige Tage danach traf uns Deutsche mit dem Anschlag in Istanbul der Terror ganz unmittelbar.

Eine freie Gesellschaft ist immer verletzlich. Sie kann nie für absolute Sicherheit sorgen. Sie muss aber klug auf Herausforderungen reagieren, ohne ihren Charakter zu opfern. Ich glaube, dass wir in diesem Sinne erste richtige Antworten gegeben haben.

Die Silvesternacht zwingt uns zum Nachdenken, aber auch zum Handeln. Dass die Täter, die in Köln und anderswo massenhafte Übergriffe auf Frauen begangen haben, vor allem aus Nordafrika stammen und dass diese Vorgänge beileibe keine Einzelfälle sind, konnte nicht ohne Reaktion des Rechtsstaats bleiben. Es ist notwendig, nun das Ausländerrecht zu verschärfen, um mehr straffällige Ausländer ausweisen und abschieben zu können. Dies wird aber nur gelingen, wenn die Länder hier mitziehen. Sie müssen die Verfolgung dieser Tätergruppen künftig zu einer Hauptaufgabe machen.

Bund und vor allem Länder müssen Handlungsfähigkeit beweisen

Dazu müssen zunächst spezielle Ermittlungsgruppen von Polizei und Staatsanwaltschaft gegründet werden. Die Strafgerichte müssen in die Lage versetzt werden, die entsprechenden Strafverfahren zügig abzuschließen. Und letztlich müssen die Täter dann auch abgeschoben werden. Nicht nur der Bund hat hier seine Handlungsfähigkeit zu beweisen, sondern auch die für den Vollzug zuständigen Länder.

Unerträglich waren die Äußerungen der Linkspartei nach dem Terroranschlag von Istanbul. Die Toten waren vermutlich noch nicht einmal alle identifiziert und die An-



Foto: Laurence Chaiperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

gehörigen benachrichtigt, da suchten die SED-Nachfolger schon ihren parteipolitischen Vorteil. Die Behauptung, dass der Terroranschlag nun Folge des Bundeswehr-Engagements gegen den IS-Terror sei, ist einfach nur infam. Vielleicht überlegt sich jetzt auch der letzte Linke in der SPD, dass die Partei von Frau Wagenknecht und anderen kein Koalitionspartner sein kann. Auch Frau Dreyer in Rheinland-Pfalz.

Der sogenannte Islamische Staat hat Abertausende von Menschen zum Teil bestialisch ermordet. Millionen fliehen vor dem Terror. Die Zurückdrängung des IS ist ein Akt der Humanität. Die Linke macht mit ihrer Argumentation den IS am Ende noch stärker, weil sie die Allianz gegen den Terror diskreditiert. Schändlich ist das.

Volker Kauder

Nun ist eine klare Haltung gefragt	1
Erfolgsgeschichte Meister-BAföG	2
Rechtsstaat muss seine Bürger schützen	3
Europa gefährdet wie nie zuvor	4
„Täuschungen – nicht mit uns“	5
Meister-BAföG wird erhöht	6
Christenverfolgung nimmt weiter zu	7
Deutschland im demografischen Wandel	8
Letzte Seite	9

Erfolgsgeschichte Meister-BAföG

Qualifizierung von Facharbeitern fördern



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vor 20 Jahren hat die Union unter dem damaligen Kanzler Helmut Kohl das Meister-BAföG eingeführt. Und es hat sich seitdem zu einer absoluten Erfolgsgeschichte entwickelt. Nach zwei Jahrzehnten gehen wir nun noch einen Schritt weiter. Wir bringen das Meister-BAföG auf eine Augenhöhe mit dem BAföG für Studierende. Das ist ein starkes Signal und der Zeit angemessen, denn damit stellen wir eine Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung her. Einerseits brauchen wir dringend Fachkräfte, andererseits ist die Behauptung, dass ein Studium besser vor Arbeitslosigkeit schützt als eine Ausbildung, längst nicht mehr richtig. Auch sind die Einstiegsgehälter vieler beruflich gebildeter Fachkräfte längst auf dem Niveau von Akademikern angekommen, liegen teilweise sogar drüber.

Die OECD hat uns gerade im vergangenen Jahr in ihrem Bericht „Bildung auf einen Blick 2015“ bestätigt, dass unser Bildungsniveau und unsere berufliche Bildung im internationalen Vergleich überdurchschnittlich gut ist. Die duale Ausbildung, diese enge Verzahnung zwischen beruflicher Bildung und dem Arbeitsmarkt, ist eine Erfolgsgeschichte, um die uns viele andere Länder beneiden. Gerade jene, die mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit kämpfen.

Wer mit 16 Jahren in Deutschland eine Ausbildung beginnt, steht mit 19 Jahren mit einem Berufsabschluss dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Fach- und Führungskräftenachwuchs wird in verschiedenen beruflichen Bereichen gesucht: in Handwerks- und Industriebetrieben, in Kitas oder in Krankenhäusern. Und hier wollen wir die ausgebildeten Facharbeiter unterstützen, ihre Aufstiegsmöglichkeiten zu nutzen und entsprechende Aufstiegsfortbildungen in Angriff zu nehmen. Wer

sich dafür entscheidet, muss aber viele verschiedene Dinge im Alltag unter einen Hut bringen: den Job, die Familie, Lehrgänge und Lernzeit und das häufig über einen langen Zeitraum. Oft bringt das auch Teilzeitphasen oder Freistellungen im Beruf mit sich. Für uns ist wichtig, dass das nicht abschreckend wirkt.

Brauchen Fachkräftenachwuchs in Deutschland

Wir wollen jeden unterstützen, der sich weiterentwickeln will. Lebensunterhalt und Fortbildungskosten müssen dazu finanzierbar bleiben. Aufstiegsqualifizierungen werden von den Arbeitgebern aber kaum finanziell unterstützt. Hier setzt unser Meister-BAföG an. Eventuelle Einkommenslücken werden geschlossen. Im Übrigen profitieren vom Meister-BAföG inzwischen nicht mehr nur angehende Meisterinnen und Meister. Die zweitgrößte Gruppe der Geförderten sind die Erzieherinnen und Erzieher.

Das Meister-BAföG gilt künftig auch für Bachelorabsolventen und sogar für Studienabbrecher, die in eine betriebliche Ausbildung gewechselt sind. Sie können mit bestimmten Qualifikationen ebenfalls davon profitieren. Damit stellen wir gleichzeitig noch die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung unter Beweis.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Rechtsstaat muss seine Bürger schützen

Vereinbarte Debatte zu den Ereignissen von Köln zu Silvester

Die schrecklichen Ereignisse rund um den Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht haben in den vergangenen Tagen zu vielen Diskussionen geführt, vor allem um das Bleiberecht krimineller Ausländer in Deutschland. Die Koalition hat unter Federführung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière konsequent reagiert und am Dienstag dieser Woche bereits Eckpunkte vorgestellt, die eine Verschärfung der Gesetzeslage vorsehen. Ziel ist es, kriminelle Ausländer leichter ausweisen zu können. Zudem soll Asylsuchenden, die eine Straftat begehen, der Flüchtlingsstatus verwehrt oder aberkannt werden. Unabhängig von den Übergriffen auf hunderte Frauen in Köln wollen Bundesinnen- und Bundesjustizministerium nun zügig das Sexualstrafrecht verschärfen.

Deutschland ist als Ganzes getroffen

Auch der Bundestag hat sich am Mittwoch in einer vereinbarten Debatte mit den sexuellen Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht beschäftigt. Die Silvester-Ereignisse „haben unser Land als Ganzes“ getroffen, sagte Ole Schröder, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern. Über die Konsequenzen, die daraus gezogen werden müssen, sind sich alle in der Fraktion einig. Wer nach Deutschland kommt, womöglich, um Schutz zu suchen, hier aber schwere Straftaten begeht, hat in unserem Land sein Bleiberecht verwirkt. Ole Schröder zeigte sich entsetzt über die Brutalität und Ausmaße der Attacken in Köln. Polizei und Politik müssten alles dafür tun, dass so etwas nicht wieder geschieht. Allerdings dankte er explizit allen Polizeikräften, die in der Silvesternacht in Köln im Einsatz waren. Gleichmaßen lehnte der Staatssekretär „Hass und Rassismus“ als Antwort auf Geschehenes ab. Viele hunderttausend Flüchtlinge, die in Deutschland leben und sich nichts zu Schulden kommen lassen, seien genauso entsetzt über das, was passiert ist. Es dürfe in Deutschland keine rechtsfreien Räume geben, so Schröder.



Foto: picture alliance / dpa

Köln an Silvester 2015

No-go-Areas inakzeptabel

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thomas Strobl wies darauf hin, dass die Domplatte in Köln nicht erst seit der Silvesternacht ein Problemort sei. Sogenannte No-go-Areas, die es zum Beispiel auch in Berlin gibt, seien inakzeptabel. Es sei höchste Zeit, die rechtsfreien Räume in Deutschland zu beseitigen, so Strobl weiter. Der Rechtsstaat muss seine Bürger schützen, darin waren sich alle Redner der Unionsfraktion einig.

Der Bund hat bereits für 2016 im Haushalt Mittel für 3.000 zusätzliche Stellen

bei der Bundespolizei vorgesehen. Doch auch die Länder sind hier in der Pflicht. Wolfgang Bosbach erinnerte daran, dass gerade Nordrhein-Westfalen und Berlin um die Jahrtausendwende massiv Personal bei der Polizei abgebaut haben.

Fazit: Die Anpassung der Gesetze ist dringend notwendig, härtere Strafen sind richtig, aber vor allem müssen diese auch umgesetzt werden. Die Bundespolitik hat schnell und richtig reagiert, aber auch Polizei und Gerichte müssen nun mitziehen. „Wir müssen verlorenes Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherstellen“, so Strobl.

Kriminelle Ausländer zukünftig leichter ausweisen

Ausweisung bereits bei einer Verurteilung zu einer Freiheits-, Jugend- oder Bewährungsstrafe möglich

In Zukunft soll ein so genanntes schwerwiegendes Interesse an der Ausweisung bereits dann vorliegen, wenn ein Ausländer wegen einer Straftat gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe (gleich welcher Höhe) verurteilt wurde. Dies gilt auch, wenn diese zur Bewährung ausgesetzt wird. Liegt wegen dieser Delikte eine rechtskräftige Verurteilung von mindestens einem Jahr vor, so soll dies sogar ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse begründen.

Anerkennung als Flüchtling kann künftig früher versagt werden

Ist ein Asylsuchender wegen der vorgenannten Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von einem Jahr verurteilt worden und stellt er deshalb eine Gefahr für die Allgemeinheit dar, so kann er künftig von der Anerkennung als Flüchtling ausgeschlossen werden. Dies ist bislang erst bei einer dreijährigen Haftstrafe möglich.

Konsequente Strafe für sexuelle Übergriffe

Das Bundeskabinett will den bereits vorliegenden Gesetzentwurf zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung jetzt zügig beschließen. Demnach sollen künftig auch sexuelle Übergriffe unter Strafe gestellt werden, bei denen der Täter ein Überraschungsmoment oder die Furcht des Opfers vor Gewalt ausnutzt.

Europa gefährdet wie nie zuvor

Bundestag debattiert in einer Aktuellen Stunde die Lage im Nahen und Mittleren Osten



Foto: picturealliance / AA

Zerstörte Häuser und Autos in Aleppo (Syrien) nach einem Bombenattentat, September 2015

Das Staatengefüge im Nahen und Mittleren Osten steht vor einer Zerreissprobe: Staatsautoritäten wanken, Milizen und Terrorkommandos überziehen weite Teile der Region. Millionen von Menschen sind auf der Flucht und der Konflikt zwischen dem Iran und Saudi-Arabien droht zu eskalieren.

Der Kampf gegen den Terror des „Islamischen Staates“ (IS) allein sei Grund genug, diese Region diplomatisch und militärisch zu unterstützen, so Franz Josef Jung, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. „Das Attentat von Istanbul hat uns tief getroffen. Wir trauern um die Toten, fühlen mit den Angehörigen und wünschen den Verletzten baldige Genesung.“ Am 12. Januar hatte sich auf dem Sultan-Ahmet-Platz vor der Blauen Moschee ein Selbstmordattentäter des IS inmitten einer deutschen Touristengruppe in die Luft gesprengt. Zehn deutsche Urlauber starben, weitere wurden verletzt. „Wir werden uns vom Terror nicht einschüchtern lassen“, versprach Jung.

Der ehemalige Bundesverteidigungsminister stellte mit Blick auf die Linksfraktion aber auch klar: „Ich halte es für abscheulich, wenn der eine oder andere jetzt politisches Kapital

aus diesem schweren Anschlag ziehen will.“

Europas Ziel in der Region müsse es sein, den „IS“ politisch und militärisch zu bekämpfen, sagte auch Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Der Aktionsraum des „IS“ weite sich inzwischen bis nach Libyen aus. Dort, wo alle staatlichen Strukturen zusammengebrochen seien, handele der „IS“ mit Menschen, greife Ölfirmen an. Er mahnte: „Wir müssen die Türken für unsere Prioritätensetzung gewinnen (...). Es geht bei der Situation im Nahen Osten im Kern auch um unsere Sicherheit in Europa.“ Viele Flüchtlinge kämen nach Europa und vor allem nach Deutschland und diese Situation sei nicht nur vorübergehend. Röttgen: „Wir werden durch die Auswirkungen des Krieges und des Terrors in Europa so gefährdet sein wie nie zuvor.“

Streit Iran – Saudi-Arabien schlichten

Fraktionsvize Franz Josef Jung verwies in seiner Rede auch auf die Gespräche im Bemühen um ein Ende des Syrien-Krieges. „Die bisherigen Gespräche in Wien bieten vorsichtige Anhaltspunkte zur Hoffnung“, so

Jung. Als nächster Schritt in diesem „Wiener Prozess“ sollen am 25. Januar erstmals die gesprächsbereiten Vertreter des Assad-Regimes und wichtiger Oppositionsgruppen direkt miteinander verhandeln.

Eine weitere Verschärfung der Spannungen zwischen Iran und Saudi-Arabien würde diesen Prozess gefährden. Nach der Hinrichtung des schiitischen Geistlichen Nimr al-Nimr und darauf folgenden Übergriffen auf saudische Einrichtungen in Teheran waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf Gefrier-temperatur abgekühlt.

Jung setzt auf Deeskalation und auf Deutschlands Einfluss in Saudi-Arabien, statt – wie von der Opposition gefordert – auf den Abbruch aller Kontakte zum saudischen Königshaus. „Wer Beziehungen abbricht, verliert an Einfluss. Das ist die falsche Politik für die Stabilität der Region“, warnte Jung. Roderich Kiesewetter, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, bestätigte das: „So schwer es uns auch fällt, Kontakte mit Saudi-Arabien nicht abzulehnen, wichtiger ist es, den Saudis klar zu machen, dass wir einen anderen Beitrag zur Stabilität in der Region erwarten.“

„Täuschungen – nicht mit uns“

Gitta Connemann über die Reform des Lebensmittelbuches – Verbrauchervertrauen stärken



Foto: Tomi Peschel

Gitta Connemann
Stellvertretende Vorsitzende
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bundestag hat in dieser Woche die Reform des Lebensmittelbuches (DLMB) beschlossen. Reformiert werden soll auch die Kommission, die für die Leitsätze des Buches verantwortlich ist. Was dies für die Verbraucher bedeutet, darüber sprach „Fraktion direkt“ mit der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Gitta Connemann.

Frau Connemann, die Empfehlungen der Kommission für die Bezeichnung von Lebensmitteln und die Aufmachung von Verpackungen sollen sich künftig stärker am Grundsatz „Wahrheit und Klarheit“ orientieren. Ist das nicht eine Selbstverständlichkeit?

Connemann: Ja, so sollte es sein. Aber, die Leitsätze sind zum Teil veraltet. Zum Teil haben diese mit der gängigen Verbraucherauffassung nichts zu tun. Fruchtcreme ohne Früchte, Pfirsich-Maracuja-Saft aus Äpfeln und Orangen – das kann kein Verbraucher nachvollziehen. Dafür muss es die Rote Karte geben. Irreführungen und Täuschungen – nicht mit uns.

Deshalb brauchen wir schnell eine Reform des Deutschen Lebensmittelbuches und der Deutschen Lebensmittelbuch-Kommission. Denn es geht um ein kostbares Gut – das Vertrauen der Verbraucher. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen ein Lebensmittelbuch, das seinen Namen verdient. Was drauf steht, muss drin sein. Was drin ist, muss drauf stehen. Das heißt aber nicht, dass sich jede Erwartung des Verbrauchers wiederfinden muss. Ziel ist es, ihre Erwartungen mit der der Lebensmittelwirtschaft in Übereinstimmung zu bringen.

Die Leitsätze des Lebensmittelbuches sind nicht rechtsverbindlich. Wozu dienen sie?

Connemann: Verbraucher und Hersteller sollen sich daran orientieren können. Die Leitsätze – übrigens für gut 2.000 Lebensmittel – beschreiben, welche Beschaffenheit von einem Lebensmittel erwartet wird. Das DLMB beantwortet z.B. die Frage, was ein Himbeer-Vanille-Früchtetee mit „natürlichen Zutaten“ enthalten muss, nämlich natürliche Vanille und Himbeere. Alles andere ist irreführend. Allerdings ist ein Hersteller nicht verpflichtet, sich an die Leitsätze zu halten. Denn es handelt sich um untergesetzliche Standards. Dann muss der Hersteller dies aber auch deutlich machen. Grundsätzlich hat sich das Instrument bewährt.

Was wird konkret verändert?

Connemann: Wir brauchen klare Ziele für das Deutsche Lebensmittelbuch, aktuellere Leitsätze, straffere Verfahren für die Arbeit der Kommission, mehr Transparenz und eine bessere Verständigung zwischen Kommission und Öffentlichkeit. Es darf nicht der Eindruck von Geheimnisträumerei entstehen. Die Antragstel-

lung muss vereinfacht werden. Auch Verbraucher müssen die Möglichkeit haben, einen Antrag zu stellen. Und wir wollen eine Überprüfungsfrist für die Leitsätze.

An der paritätischen Besetzung der Kommission wollen wir nicht rütteln. Denn wir benötigen Sach- und Fachkenntnisse aus allen Bereichen der Lebensmittelkette. Es geht um die Herstellung von Lebensmitteln, ihre technische Eigenschaften, Aspekte der Lebensmittelsicherheit und natürlich auch um die Sicht der Verbraucher.

Die Kommission braucht derzeit etwa zweieinhalb Jahre, um einen Leitsatz zu überarbeiten oder einen neuen zu formulieren. Wie kann man das beschleunigen?

Connemann: Die Antragsverfahren müssen vereinfacht und verkürzt werden. Dafür ist eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung des Sekretariats erforderlich. Die Kommission muss sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren und nicht auf Hotelbuchungen. Und die Mitglieder müssen das Recht haben, eigene Anträge zu stellen. Diese sind übrigens ehrenamtlich tätig.

Seit dreieinhalb Jahren gibt es das Internetportal Lebensmittelklarheit.de. Mit welchen Anliegen melden sich die Verbraucher?

Connemann: Die Bandbreite ist groß. Seit Eröffnung der Plattform gab es 9.000 Meldungen. Derzeit sind ca. 700 Produkte eingestellt. Es geht um besagten Pfirsich-Maracuja-Saft, um Muskatwürzer ohne Muskat, Geflügelfleischprodukte mit hauptsächlich Schweinefleisch. Etwa 30 Prozent der gemeldeten Produkte wurden von den Anbietern geändert und sind inzwischen verbraucherfreundlicher gestaltet.

Meister-BAföG wird erhöht

Wichtiges Anliegen der Union – Förderung der Berufsausbildung erhält gleichen Stellenwert wie Studierendenförderung

Das Meister-BAföG ist das wichtigste Instrument zur Förderung der Fortbildung und des beruflichen Aufstieges in Deutschland. Mit der Gesetzesnovelle, die der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beraten hat, werden nun Leistungen für Berufstätige, die ihren Meister, Techniker oder Fachwirt machen, spürbar verbessert.

Das Instrument, mit dem vor allem berufliche Aus- und Weiterbildung finanziert wird, ist schon seit jeher ein besonderes Anliegen der Unionsfraktion. Denn das Fördergeld motiviert junge Fachkräfte, sich fortzubilden, und belohnt sie für einen erfolgreichen Abschluss. Für potenzielle Existenzgründer bietet es zudem einen Anreiz, nach erfolgreichem Abschluss der Fortbildung den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen und somit Arbeitsplätze auch für andere zu schaffen.

Seit seinem Bestehen 1996 haben bereits rund 1,5 Millionen Menschen vom Meister-BAföG profitiert, die mit einer Leistung von insgesamt 6,3 Milliarden Euro gefördert wurden. Dabei finanziert der Bund 78 Prozent der Leistungen, die Länder sind mit 22 Prozent beteiligt.

Mit der Novelle wird der Kreis der Zugangsberechtigten nun erweitert. Damit erhält das Meister-BAföG den gleichen Stellenwert wie die Ausbildungsförderung für Studierende.

Zu den wichtigsten Neuerungen gehört die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Fortbildung. Das schlägt sich besonders in der Anhebung von Unterhaltsleistungen nieder, die der allgemeinen Kostenentwicklung Rechnung tragen. So wird etwa der einkommensunabhängige Kinderbetreuungszuschlag für Alleinerziehende von 113 Euro auf 130 Euro angehoben. Der Zuschussanteil zum Unterhaltsbeitrag wird



Foto: picture alliance / ZB

von 44 Prozent auf 47 Prozent erhöht und der maximale Maßnahmebeitrag für die Lehrgangs- und Prüfungskosten von 10.226 auf 15.000 Euro.

Zudem wird der Erfolgsbonus für das Bestehen der Abschlussprüfung von 25 auf 30 Prozent angehoben. Das ist ein wichtiger Anreiz, um nicht nur an der geförderten Vorbereitungsmaßnahme einer Fortbildung teilzunehmen, sondern auch erfolgreich die Aufstiegsprüfung zu meistern.

Daneben bekommen angehende Meister mit dem neuen „Attraktivitätspaket Meisterstück“ künftig maximal 2.000 Euro Fördermittel für ihr Meisterstück. Das sind knapp 500 Euro mehr als bislang. Neu ist auch der Zuschussanteil von 30,5 Prozent für die Materialkosten des Meisterstücks – ein wichtiges Signal an das Handwerk.

Darüber hinaus wird das Meister-BAföG für Bachelorabsolventen geöffnet. Das erweitert nicht nur den Be-

rechtigtenkreis, sondern fördert auch die Mobilität zwischen Studium und beruflicher Bildung.

Insgesamt geht der Gesetzesentwurf der Koalition damit weit über das hinaus, was die Bundesregierung ursprünglich vorgelegt hatte. Möglich ist dies, weil der Haushaltsausschuss des Bundestages bei seinen Abschlussberatungen zum Bundeshaushalt 2016 das Volumen für das Meister-BAföG um 14,07 Millionen Euro angehoben hat. Damit wurden die weitergehenden Leistungen für die Zugangsberechtigten ermöglicht.

Sofern der Bundesrat dem Gesetzesentwurf zustimmt, werden die Leistungen bereits zum 1. August 2016 erhöht. Die Mehrkosten für den Bund betragen dann im laufenden Jahr rund 14,3 Millionen Euro, in den Folgejahren liegen sie bei jeweils rund 30 Millionen Euro. Weitere Mittel kommen aus Zuschüssen und aus Darlehen.

Christenverfolgung nimmt weiter zu

Kauder fordert Reaktion der Weltgemeinschaft



Foto: Ulrich Scharlack

Fraktionsvorsitzender Volker Kauder im Gespräch mit Menschen, die vor dem „Islamischen Staat“ nach Erbil (Nordirak) geflohen sind

Dieser Bericht über die Lage der Christen in aller Welt alarmiert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufs Neue: Nach dem Weltverfolgungsindex 2016 des überkonfessionellen christlichen Hilfswerks Open Doors werden weit mehr als 100 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens verfolgt. Besonders im Mittleren Osten und in Afrika hat danach die Christenverfolgung durch Islamisten noch zugenommen.

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder forderte in einer Stellungnahme Konsequenzen. „Viele Millionen Menschen werden an Leib und Leben bedroht, nur weil sie sich zum Christentum bekennen“, erklärte Kauder. Der Bericht von Open Doors müsse die Weltgemeinschaft aufrütteln.

„Es ist zutiefst erschütternd, dass der Grad der Verfolgung von Christen so dramatisch zugenommen hat“, fügte er hinzu. „Deutschland und Europa, aber auch die gesamte Weltgemeinschaft müssen noch stärker als bisher den wachsenden religiösen Fanatismus ächten. Alle Staaten, alle Kirchen

und alle friedliebenden Religionsgemeinschaften müssen zusammenstehen, um das Menschenrecht der Religionsfreiheit zu verteidigen. Gerade den verfolgten und bedrängten Christen müssen wir unsere Hilfe gewähren.“

„Es ist zutiefst erschütternd, dass der Grad der Verfolgung von Christen so dramatisch zugenommen hat.“

Insbesondere die Lage in Syrien und dem Mittleren und Nahen Osten ist nach dem Bericht besorgniserregend. In 35 der 50 Länder des „Weltverfolgungsindex“ ist der islamische Extremismus die Haupttriebkraft für die Verfolgung von Christen. Gruppen wie Boko Haram, Al Shabaab und der

sogenannte Islamische Staat gehen mit extremer Gewalt gegen Christen und andere Minderheiten vor.

Kauder kündigte an, dass sich die Unionsfraktion auch in diesem Jahr des Themas besonders annehmen will. Schon am 11. April wird sich ein Fraktionskongress explizit mit der Lage der Christen im Mittleren und Nahen Osten befassen. Im September findet auf Einladung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin die zweite Sitzung des internationalen Parlamentariergremiums statt, das die Bedeutung der Religionsfreiheit noch stärker betonen soll. 2015 trafen sich bei der ersten Sitzung in New York schon etwa 100 Parlamentarier sowie Repräsentanten von Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen aus 50 Ländern. Sie haben die UNO aufgefordert, die Verteidigung der Religionsfreiheit noch stärker in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Kauder: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird in ihrem Engagement für die Religionsfreiheit nicht nachlassen.“

Deutschland im demografischen Wandel

Fraktionskongress befasst sich mit der Frage, was Zuwanderung leisten kann

Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache: Bis zum Jahr 2050 wird sich die deutsche Bevölkerung drastisch reduzieren und weiter altern. Bereits jetzt ist jeder Vierte über 60 Jahre alt. In vierzig Jahren werden die über 65-Jährigen ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen – das verändert alle Lebensbereiche. Demografen sehen steigende Flüchtlingszahlen als Chance, dieser Entwicklung vorzubeugen. Doch was kann Zuwanderung leisten und was nicht? Das hat die Unionsfraktion auf ihrem Demografiekongress beleuchtet.

„Wir dürfen die alternde Bevölkerung aber nicht als ein Defizitmodell betrachten“, warnte Unionsfraktionschef Volker Kauder, „und sollten den demografischen Wandel als etwas Positives sehen“. Dabei blickte er wie der Demografiebeauftragte der Fraktion, Michael Frieser, nach Japan. Dort schreitet der demografische Wandel viel schneller voran als hierzulande, stellt jedoch weniger Probleme dar. Die Gesellschaft ginge dort anders mit dem Thema um, so Kauder.

Digitalisierung erhält Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit

Dass Menschen angesichts des gesellschaftlichen Wandels zu Recht Antworten von der Politik erwarten, betonte Günther Krings, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister: „Wenn Kindergärten in Großstädten hoffnungslos überfüllt sind, andernorts aber wegen des Mangels an Kindern schließen müssen, wenn in Ballungsgebieten Wohnungspreise explodieren, in ländlichen Räumen aber dauerhaft leerstehende Immobilien zum Problem werden, wenn Jugendclubs schließen müssen, damit Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen errichtet werden können, oder in einigen Gebieten eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, anderswo aber keine Fachkräfte zu finden sind, dann müssen wir diese Sorgen über die sich än-



Podiumsteilnehmer beim Demografiekongress

Foto: Steven Rösler

dernden Strukturen sehr ernst nehmen.“

Als einen Lösungsansatz nannten Krings und Kauder die fortschreitende Digitalisierung. Deren energischer Vorantrieb sei der einzige Weg, um langfristig Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Was kann Zuwanderung leisten?

Was kann Zuwanderung in diesem Zusammenhang leisten? In der Diskussion wurde deutlich: Zuwanderung bietet gerade in ländlichen Gebieten große Chancen, bringt aber auch enorme Herausforderungen für Staat und Gesellschaft mit sich. Denn von den momentan zu uns kommenden Migranten hätten 80 Prozent keine formale Qualifikation. Lediglich acht Prozent von ihnen seien Akademiker, elf Prozent fachlich qualifizierte. Das machte die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Maria Böhmer, deutlich.

Gerade junge Flüchtlinge müssten daher so früh wie möglich in Bildung und Ausbildung gebracht werden. Der Staat müsse hier aktiv steuern, sagte Böhmer. Ein erfolgreiches Mittel sei-

en Integrationsvereinbarungen, die die Chancen für Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt nach ersten Erfahrungen deutlich erhöhen.

Blue Card der EU stellt große Chance dar

Günther Krings wies darauf hin, dass die Bewältigung der demografischen Herausforderung von der Frage, wie Deutschland mit der hohen Zahl von Flüchtlingen umgehe, zu trennen sei. „Wir gewähren Asyl aus humanitären Gründen“, betonte er. Dem gegenüber stünden Menschen, die innerhalb der EU-Freizügigkeit aus Gründen der Arbeitsmigration zu uns kämen. Diese seien oft hochqualifiziert. Die Blue Card der EU stelle für sie eine große Chance dar. Deutschland gebe schon jetzt europaweit über 90 Prozent dieser Karten aus. Dennoch müsse man im Marketing noch besser werden. Krings machte aber auch deutlich: „Es muss eine Brücke geben zwischen dem Arbeitssuchenden etwa in Indien und dem Arbeitgeber in Deutschland. Sonst ist die Gefahr groß, dass wir Zuwanderung in die Sozialsysteme bekommen.“

25 Jahre ostdeutsche Landesgruppen

Eine große Leistung und einzigartige Geschichte

25 Jahre ostdeutsche Landesgruppen – um diesen besonderen Anlass zu feiern, waren gegenwärtige und ehemalige Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion zusammengekommen. Ein rundum gelungener Abend sei es gewesen, heiter und gelöst, zog Arnold Vaatz, Sprecher der ostdeutschen Landesgruppen und stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion, hinterher Bilanz. „Der Aufbau Ost ist noch nicht abgeschlossen, aber wir haben Großes geleistet.“

„Eine enorme Bereicherung für das Parlament“

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder verwies in seinem Grußwort auf die enorme Bereicherung, die die ostdeutschen Abgeordneten für den Deutschen Bundestag bedeutet hätten – nicht zuletzt aufgrund ihrer häufig technischen Berufe. Viele von ihnen waren Physiker, Mathematiker oder Pastoren, während sich unter den Westdeutschen überwiegend Juristen und Lehrer fanden. „Das hat einen guten neuen Blickwinkel auf die Themen ermöglicht“, erklärte Kauder. „Und bei den Pastoren hat es natürlich eine starke Verknüpfung mit unserem ‚C‘ gegeben.“

Der gemeinsame Deutsche Bundestag war eine unglaubliche Leistung

Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, hob hervor, welche große Umstellung der gemeinsame



Foto: Steven Rösler

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecher der ostdeutschen Landesgruppen Arnold Vaatz auf der Veranstaltung zum 25-jährigen Bestehen der Landesgruppen

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

25. Januar 2016 Fachgespräch Syrien

Deutscher Bundestag für alle, aber vor allem für die neuen ostdeutschen Mitglieder bedeutete: „Das bewältigt zu haben, ist eine unglaubliche Leistung, die immer wieder gewürdigt werden muss.“

Von den über 600 ostdeutschen Abgeordneten, die mit der 12. Wahlperiode in den Bundestag eintraten, sind gegenwärtig nur noch 23 Mitglieder des Parlaments. Bei der Unionsfraktion können von dieser besonderen Erfahrung nun noch Katharina Landgraf und Maria Michalk berichten.

So war es beispielsweise für die Gründung der Landesgruppen vor der Bundestagswahl erforderlich, zunächst die ostdeutschen Bundesländer

zu gründen. Und die Landesgruppen – eine Besonderheit unter den Fraktionen des Bundestages – sind es auch, die die Union stark machen. Denn jeder Abgeordnete hat den Blick auf den Bund, das große Ganze, aber eben auch die Verbundenheit mit der Region.

Für eine besonders unterhaltsame Note des Abends sorgte der Komiker Bauer Korl. Er schilderte die Deutsche Einheit aus ostdeutscher Perspektive und brachte dabei folgenden interessanten Aspekt aufs Tableau: „Eigentlich haben wir ja die Westdeutschen befreit. Die saßen 40 Jahre hinter der Mauer – also das hätten wir nie so lange ausgehalten.“ Hierfür erntete er große Erheiterung und großen Applaus.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt